Erfolgsmodell versus "Papiermonster"

Die zwei Geschichten über die Integrationskurse

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge lässt keinen Zweifel daran: Die Integrationskurse sind ein wahres Erfolgsmodell. Doch ein kulturanthropologischer Blick auf die Akteure offenbart aufwändige bürokratische Strukturen und die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte. Die Prekarisierung im Feld der Integrationsmaßnahmen ist mehr als ein Zufall.

"Der Integrationskurs umfasst Angebote, die Ausländer an die Sprache, die Rechtsordnung, die Kultur und die Geschichte in Deutschland heranführen. Ausländer sollen dadurch mit den Lebensverhältnissen im Bundesgebiet soweit vertraut werden, dass sie ohne Hilfe oder Vermittlung Dritter in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens selbstständig handeln können."¹ So heißt es in Kapitel 3, Paragraph 43 des Zuwanderungsgesetzes, das am 1. Januar 2005 in Deutschland in Kraft trat. Zehn Jahre später feiert der Integrationskurs, von dem in seiner Geburtsstunde vieles erwartet wurde, einen runden Geburtstag. Eine gute Gelegenheit, um aufzuzeigen, dass es *den* Integrationskurs überhaupt nicht gibt. Zum einen, weil die Integrationskurse deutschlandweit von über 1800 privaten, öffentlichen und noch dazu unterschiedlich arbeitenden Trägerinstitutionen durchgeführt werden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) unterscheidet zwischen 14 verschiedenen Trägerarten – darunter Volkshochschulen, Sprachschulen, Bildungswerke, Initiativgruppen und freie Trägergruppen.² Zum anderen existieren über den Integrationskurs zwei enorm gegensätzliche Geschichten.

Da wäre die Erfolgsgeschichte, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, vom Bundesinnenministerium, vom Goethe-Institut und von diversen politischen Parteien erzählt wird. Sie handelt von steigenden Teilnehmerzahlen, erfolgreichen AbsolventInnen und der großen Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. Die Gegengeschichten erfährt man, wenn man sich tiefer ins Feld der Integrationskurse hineinbegibt. Sie handeln von unnötigem Arbeitsaufwand und schikanenartiger Bürokratie, von prekären Arbeitsverhältnissen und realitätsfernen BAMF-MitarbeiterInnen und PolitikerInnen. Es sind die Perspektiven von Menschen, die täglich mit der Verwaltung und der Organisation der Kurse zu tun haben. Und es ist die Sicht der Lehrkräfte, die MigrantInnen auf Honorarbasis nicht nur die deutsche Sprache, sondern auch die deutsche Rechtsordnung, die Geschichte und die Kultur beibringen sollen. Der Kontrast der Erfolgsgeschichte zu jenen Akteursgeschichte und gerade die Art und Weise, wie jeweils argumentiert wird, wirft Fragen nach potentiellen Konfliktfeldern auf.

¹ http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Gesetzestexte/DE/Zuwanderungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile (aufgerufen am 8.1.2015)

²http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Integrationskurse/Kurstraeger/Statistiken/2013-gesamt bund.pdf;jsessionid=BFC945150D9EA9B50B42314EC7255D19.1 cid368? blob=publicationFile (aufgerufen am 22.1.2015)

Lächelnde Menschen, unbestechliche Zahlen – Die Erfolgsgeschichte

Das Wort Erfolgsgeschichte wird von Politikern immer wieder gerne im Zusammenhang mit den Integrationskursen verwendet. So veröffentlichte Michael Frieser im Februar 2014 in seiner Funktion als Integrationsbeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Pressemittelung mit dem Titel "Integrationskurse bleiben eine Erfolgsgeschichte".³ "Die Integrationskurse sind weiterhin sehr erfolgreich. Sie bieten nicht nur einen unmittelbaren Zugang zum Erlernen unserer Sprache, sondern vermitteln auch wichtige Inhalte über unsere Kultur und den Alltag in Deutschland. [...] Seit dem Jahr 2011 wurde kein EU-Bürger, der einen Integrationskurs besuchen wollte, abgewiesen", schrieb Frieser. Serkan Tören, bis 2013 integrationspolitischer Sprecher der FDP im Bundestag, tat es ihm mit folgenden Worten gleich: "Bald wird der millionste Teilnehmer einen Integrationskurs besuchen. Entgegen aller Unkenrufe sind die Integrationskurse nach wie vor ein attraktives und erfolgreiches Instrument für Neu- und Altzuwanderer, die deutsche Sprache zu lernen. Die Zahl ist ein eindrucksvoller Beleg für den Ehrgeiz und die Motivation zahlreicher Zuwanderer und zeigt ein klares Bekenntnis zur deutschen Gesellschaft."

Bekenntnisse zu den Integrationskursen gibt es auch vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Dies ist nur logisch: Das BAMF stellt als Regierungsvertretung das offizielle organisatorische Zentrum der Kurse dar. Es beauftragt die Träger und hält die Öffentlichkeit mit Statistiken über die Integrationsmaßnahme auf dem Laufenden. Aus den Zahlen für das erste Quartal 2014 folgert das BAMF auf seiner Homepage, dass "die Nachfrage nach dem Integrationskurs" weiterhin steigt, dass es mehr freiwillige TeilnehmerInnen und Kurse gibt, und dass das "Niveau bei der Zielerreichung" nach wie vor hoch ist. Integration wird hier anhand von AbsolventenInnenzahlen und Prüfungsergebnissen messbar gemacht. Die Zahlen (Hyperlink) erzeugen eine unbestechliche, kritikresistente Wirkung. Sie sprechen für sich. Mit ihnen belegt das BAMF vor allem eines: Dass das von ihm verwaltete System Integrationskurse nicht nur funktioniert, sondern stetig wächst und gedeiht.

Wer sich auf der Internetseite des Bundesamts über die Kurse informiert, stößt neben diesen harten Fakten auf einen Artikel mit dem Titel "Spaß und Erfolg im Integrationskurs – Zuwanderinnen zeigen, wie das geht"⁵. Die Rede ist von "engagierten Teilnehmerinnen" und einem Frauen-Integrationskurs aus Nürnberg. Die Dozentin wird mit folgenden Worten zitiert: "Der Kurs ist lernintensiv, aber wir lachen auch viel." Ein fettgedruckter Zwischentitel greift diese Aussage auf: "Intensiv lernen und gemeinsam lachen ist das Erfolgsrezept". Die Teilnehmerinnen bestätigen diesen Mix aus Freude und Arbeit und ergänzen, dass die Lehrerin "gut und sehr nett" sei. Das letzte Zitat im Text fasst noch einmal alles Wesentliche zusammen: "Wir haben viel Spaß jeden Tag und gehen gern zur Schule."

Der Artikel nimmt – auch bei den wörtlichen Zitaten – zumeist Bezug auf die gesamte Gruppe der Kursteilnehmerinnen. Im zweiten Absatz lässt er drei Frauen jedoch persönlich zu Wort kommen. Sie betonen, wie wichtig es sei, die deutsche Sprache zu beherrschen – beim Spazierengehen, beim Arzt oder, um den eigenen Kindern bei der Hausaufgabe helfen zu können. Die Vermutung liegt nahe, dass der BAMF-Artikel die Migrantinnen Georgina Yirenkyiwaa, Dina Essien und Azen Farz Karem

³ https://www.csu-landesgruppe.de/presse/pressemitteilungen/integrationskurse-bleiben-eineerfolgsgeschichte (aufgerufen am 22.1.2015)

⁴ http://www.bamf.de/DE/Infothek/Statistiken/InGe/inge-node.html (aufgerufen am 22.1.2015)

⁵ http://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2011/20111104-besuch-frauenintegrationskurs.html?nn=1368264 (aufgerufen am 9.1.2015)

selbst sprechen lässt, um eine hohe Glaubwürdigkeit zu erzielen. Personalisiert wirken die Aussagen authentisch, lebensnah und plausibler als die anderen auf der BAMF-Homepage postulierten Vorzüge der Integrationskurse. Dem Artikel ist ein Bild beigefügt. Es ist ein Gruppenfoto der zehn Frauen. Eine trägt eine Stofftüte mit den deutschen Nationalfarben, eine andere hält einen blauen Luftballon mit den europäischen Sternen, zwei haben ihre Kinder dabei. Die Frauen lächeln. Sie sehen glücklich aus.

Es soll und kann hier gar nicht angezweifelt werden, dass die Nürnberger Migrantinnen glücklich und zufrieden sind. Vielmehr geht es darum, zu zeigen, wie das BAMF hier eine oder gleich mehrere Erfolgsgeschichten konstruiert. Die internationale Frauen-Gruppe ist ein Musterbeispiel für gelungene Integration. Wie sie gelingen soll, steht im "Rahmencurriculum für Integrationskurse"⁶, das im Jahr 2007 im Auftrag des Bundesinnenministeriums vom Goethe-Institut herausgegeben wurde. Das 139 Seiten umfassende Dokument formuliert die "maximal möglichen Lernziele und inhalte für die Integrationskurse" und soll als "Grundlage zur Erstellung von Kursmodellen und Stoffverteilungsplänen" verwendet werden. Eine Expertengruppe des Goethe-Instituts hat über mehrere Jahre erarbeitet, was MigrantInnen können sollen, nachdem sie den Integrationskurs absolviert haben. Unter dem Punkt "D 2.3 Gefühle ausdrücken" steht zum Beispiel: "Kann sagen, dass ihm/ihr etwas leidtut, z.B. wenn Freunde oder Bekannte krank sind oder das Auto des Kollegen kaputt ist." Natürlich ist auch das Goethe-Institut daran interessiert, den Erfolg ihres Rahmencurriculums und damit der Integrationskurse zu betonen. Mit der gleichen Methode wie das BAMF: Auf der Webseite geht es unter dem Reiter Integrationskurse um Liuhong aus Shanghai. "In München lebt sie noch kein ganzes Jahr. Doch die Ingenieurin bewältigt den Alltag bereits in der deutschen Sprache. Selbst am Telefon spricht sie selbstsicher und fröhlich deutsch", heißt es im Bericht über die 31-Jährige. Liuhong habe in nur 205 Tagen Deutsch gelernt. Ebenso effektiv war Liudmila. Im Text erfährt man drei Dinge über sie. Sie ist Russin, 33 Jahre alt und Akademikerin.

Das "Papiermonster" und prekäre Pädagogen – Die Gegengeschichten

Eine, die eine andere Geschichte über die Integrationskurse zu erzählen weiß, ist Karin Brieger. Seit sechs Jahren beschäftigt sich die studierte Erziehungswissenschaftlerin und Soziologin beruflich mit ihnen. Zunächst war Brieger Projektleiterin für Integrationskurse bei "Hilfe von Mensch zu Mensch" in München, heute arbeitet sie für den Verein "Aktiv für interkulturellen Austausch (AKA)", ein kleiner Träger, der Jugendintegrationskurse anbietet. Schon am Telefon deutet Brieger an, dass hinter den 2005 eingeführten Kursen ein gewaltiger bürokratischer Organisationsapparat steckt. Sie sagt: "Der Integrationskurs ist ein Papiermonster." Diese Diagnose erklärt sie im persönlichen Gespräch bis ins kleinste Detail. "Ich muss jeden Teilnehmer-Anwesenheitstag belegen und bekomme für den Teilnehmer auch nur an seinen Anwesenheitstagen den Zuschuss vom Bundesamt (Anm.: 2,94 Euro pro Unterrichtsstunde und Teilnehmer)". Wenn Kursteilnehmer zu spät erscheinen oder früher gehen, müssten die entsprechenden Uhrzeiten in einer Liste vermerkt werden, die nach einem Kursmodul (nach 100 Unterrichtsstunden) beim BAMF eingereicht werden müsse. "Das heißt, es wird wirklich ein Haufen Papier hin und hergeschickt für die Abrechnung", sagt Brieger.

Probleme sieht sie auch in der Kommunikation mit dem Zentralorgan der Integrationskurse: "Alle Trägermitarbeiter in München verzweifeln daran, dass die BAMF-Mitarbeiter nur bis zwölf Uhr erreichbar sind." Brieger macht den Verwaltungskräften und Regionalkoordinatoren des Bundesamts

3

⁶ http://www.goethe.de/lhr/prj/daz/pro/Rahmencurriculum online final Version5.pdf (aufgerufen am 11.1.2015)

damit keinen direkten Vorwurf: "Die haben ja auch das Verwaltungsmonster auf ihrer Seite, die sind völlig überlastet." Ihre Kollegin Renate Aumüller, Leiterin des Fachgebiets Integrationskurse an der Münchner Volkshochschule, argumentiert ähnlich: "Manchmal kennen wir uns besser aus als das BAMF. Permanent gibt es neue Rahmenbedingungen und Abrechnungsrichtlinien. Plötzlich werden die Stunden verkürzt oder verlängert. Und wir müssen das ja immer ganz schnell umsetzen." Auch ihre Kritik richtet sich mehr gegen das administrative System, das nach der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes im August 2004 in kürzester Zeit auf die Beine gestellt werden musste. Aumüller erinnert sich noch an die Zeit, in der sämtliche Deutsch-Kurse unter dem Dach des Sprachverbands "Deutsch für ausländische Arbeitnehmer" mit Sitz in Mainz koordiniert wurden. Und sie erinnert sich an den kompromisslosen Umbruch durch das Zuwanderungsgesetz und die damit einhergehenden bundesweiten Integrationsmaßnahmen. "Quasi in einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurden die Akten vom Sprachverband ins Bundesamt gekarrt. Bestehende Kurse und Strukturen waren auf einen Schlag weg. Hochkompetente Pädagogen waren ihren Arbeitsplatz vom einen auf den anderen Tag los. Im Sprachverband waren wahnsinnige Kompetenzen vorhanden, die das Bundesamt natürlich überhaupt nicht hat." Über 20 Jahre entwickelte der Sprachverband Konzepte für die Inhalte und die Finanzierung von Deutsch-Kursen. Wenn Aumüller an diese Epoche zurückdenkt, argumentiert sie nicht nach dem Motto "Früher war alles besser". Sie betont lediglich, wie unnötig die übers Kreuz gebrochenen Umwälzungen aus pädagogischer und organisatorischer Sicht waren. "Am Anfang war das wirklich ein Fertighaus. Sie [die MitarbeiterInnen des BAMF] hatten einen Kurs, und da mussten alle Teilnehmer reinpassen. Die dachten, das ist wie eine Schulklasse", sagt die VHS-Fachgebietsleiterin. Aumüller lässt nicht außen vor, dass seitdem Veränderungen durchgeführt und sinnvolle Strukturen wie beispielsweise zielgruppenspezifische Kurse (Frauenkurse, Alphabetisierungskurse, Jugendkurse) geschaffen wurden. Dennoch vertritt sie auch im Jahr 2015 den Standpunkt, dass das Modell Integrationskurs und die Realität oft auseinanderklaffen. "Es gibt zum Beispiel den Fall, dass ein Familienmitglied krank wird. Manche Leute können sich dann nicht mehr konzentrieren und müssen beispielsweise zwei Stufen zurück. Das muss man dann alles immer beim BAMF begründen. Das sind ja Juristen oder Verwaltungsbeamte. Die haben völlig andere Vorstellungen, wie zum Beispiel ein Teilnehmer eines Alphabetisierungskurses lernen kann." Die Lebensbedingungen könnten sich ständig ändern, als Träger müsse man hierauf reagieren können. Die Probleme begännen schon bei der Anmeldung: Aumüller macht deutlich, dass man IntegrationskursteilnehmerInnen nicht mit StudentInnen vergleichen kann, die sich einschreiben und loslegen. Viele Menschen kämen mit tragischen Flucht-Erfahrungen oder anderen Sorgen in das Haus der Volkshochschule. Im Integrationskurs sitzen sie dann oftmals LehrerInnen gegenüber, die selbst von Ängsten geplagt werden.

Jelena Eggerstorfer kennt diese Sorgen. Auch sie verspürt sie immer wieder. Die 32-Jährige (CHECKEN!) leitet von Montag bis Freitag Jugendintegrationskurse in München. Sie ist selbst Migrantin. Während des Unabhängigkeitskrieges in Kroatien zwischen 1991 und 1995 "verfrachteten" ihre Eltern sie für vier Monaten nach Deutschland, wie sie sagt. Ihr Interesse für die deutsche Sprache nahm sie mit in ihr Heimatland. Eggerstorfer studierte in Kroatien Germanistik und lebt seit vier Jahren zusammen mit ihrem deutschen Mann in München. Sie sitzt in einem kleinen Klassenzimmer mit alten, hölzernen Schulbänken, eine Niederlassung des Vereins Aktiv für interkulturellen Austausch an der Rosenheimer Straße. Beim Interviewtermin macht die junge Frau einen sehr offen, umtriebigen und leicht gestressten Eindruck. Eine gute Stunde hat sie Zeit. Dann muss sie wieder arbeiten. Arbeiten heißt für Eggerstorfer, 16- bis 22-Jährige Menschen aus aller Welt mit den unterschiedlichsten Motivationen und Lernvoraussetzungen zu unterrichten. Wie das so ist?

"Manchmal macht es Spaß, und manchmal ist es zum Davonlaufen", sagt die Lehrerin, die abends zusätzlich Kroatisch-Kurse gibt, um ihr Leben finanzieren zu können. Im Kern bestätigt Eggerstorfer all das, was ihre KollegInnen in den DAZ-Foren (Deutsch als Zweitsprache) im Internet von sich geben: "Ich kann es mir nicht leisten, krank zu sein oder in Urlaub zu fahren. Entweder weinst du oder du lachst über deine eigene Situation. Ich fühl mich wie ein Wohltäter. Ich mache etwas für die anderen, weil ich es mir leisten kann – was eigentlich nicht stimmt. Ich versuche, meine Arbeit bestmöglichst zu machen. Aber es wird einfach nicht honoriert." Ein Wohltäter hilft anderen Menschen aus freien Stücken und erwartet dafür keine Gegenleistung. Die Gegenleistung für die Arbeit der Integrationskurs-LehrerInnen sollte eigentlich ihr Stundenhonorar sein. Weil das nach Abzug der zu bewältigenden Kosten aber verschwindend gering ist, braucht es eine andere Art der Anerkennung als Legitimation für die tägliche Arbeit, weswegen Eggerstorfer den Begriff des Wohltäters ins Spiel bringt. Auf die Frage, ob sie sich angesichts der Prekarität ihrer Beschäftigung einen Berufswechsel vorstellen kann, antwortet sie: "Dann müsste ich als Verkäuferin im Supermarkt arbeiten." Sie sagt das, weil sie sich sicher ist, dass sie mit ihren Qualifikationen und mit ihrem Status als Nicht-Muttersprachlerin keinen besser bezahlten Job als Deutsch-Lehrerin bekommen würde.

Eggerstorfer macht beim Interviewtermin keinen niedergeschlagenen Eindruck, wirkt keineswegs abgekämpft. Eher wirkt sie wie eine motivierte junge Frau, die Freude hat an ihrer täglichen Arbeit mit Menschen aus aller Welt. Ihre Aussagen bestätigen diesen Eindruck. Ihre Gelassenheit rührt von der familiären Unterstützung her. Bei finanziellen Engpässen, oder wenn sie krankheitsbedingt arbeitsunfähig ist, könne sie sich auf ihren besser verdienenden Mann verlassen. Dieses Privileg hat nicht jeder. "Wir empfehlen den Lehrkräften, die Arbeit in Integrationskursen aufzugeben und sich einen seriösen Arbeitgeber zu suchen." Der Satz ist eine Kapitulation. Er stammt von der "Initiative Bildung prekär" (Hyperlink), einem Bündnis, das für die Belange der Integrationskurs-Lehrer in Deutschland eintritt. Wie dramatisch muss die Situation sein, wenn ein Interessensverband offiziell dazu rät, den Kampf für die eigenen Interessen aufzugeben? Der Artikel, der den Satz beinhaltet, trägt den Titel "Illegale Arbeitsverhältnisse in Integrationskursen". Georg Niedermüller, Marion Bergmann und Stephan Pabel, die Köpfe der Initiative Bildung prekär, haben ihn geschrieben. Über 500 Lehrkräfte aus ganz Deutschland haben ihn unterzeichnet. Niedermüller und seine KollegInnen argumentieren immer wieder mit dem Begriff "Scheinselbstständigkeit": Von den 20 Euro Bruttohonorar, die die LehrerInnen pro Unterrichtsstunde bekommen, blieben ihnen gerade einmal fünf Euro, um ihre Familie zu ernähren oder die Miete zu bezahlen. Weil sie sich selbst versichern müssten, Arbeitszeit, Arbeitsort und Unterrichtsmaterialien aber strikt vorgegeben bekämen. Es ist eine finanzielle Krise, eine soziale Ungerechtigkeit, die Honorarkräfte im Integrationskurssystem erfahren. Das ist der Kern der Kritik, die die Initiative immer wieder unter dem zynischen Slogan äußert – in offenen Briefen gegenüber Staatsministern "Arm durch Arbeit" Migrationsbeauftragten.

Eine sehr deutliche Mail der Initiative erreichte die Bundesbeauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoğuz, im August 2014.⁸ Die VertreterInnen der Lehrkräfte konfrontieren die SPD-Politikerin darin mit ihren eigenen Aussagen, nach denen eine "umfassende Teilhabe [...] für jede und jeden" in Deutschland gewährleistet sein soll. "Das hört sich toll an, wenn man über Ausländer spricht, aber was ist denn mit den Lehrkräften, die den MigrantInnen die Sprache

⁻

⁷ http://www.mindesthonorar.de/ (aufgerufen am 30.1.2015)

⁸ Veröffentlicht auf dem Blog der Initiative: https://bmoc85.wordpress.com/2014/08/13/mail-an-frau-ozoguz-vom-13-08-2014-zu-kinderbetreuung-in-integrationskursen/ (aufgerufen am 30.1.2015)

beibringen sollen? [...] Sind Ausländer in Deutschland so wenig Wert, dass man ihren LehrerInnen nicht mal eine Rentenversicherung, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bezahlten Urlaub zugesteht? Wer in Deutschland dunkelhäutige Menschen in Integrationskursen unterrichtet, der verdient ca. 70% weniger als jemand, der an einer Schule deutsche Kinder unterrichtet. Würden Sie der These zustimmen, dass hier ein struktureller Rassismus vorliegt [...]?", heißt es in der Mail. Schon diese vier Sätze verdeutlichen, welches Konfliktpotential das System Integrationskurse in sich birgt. Niedermüller, Bergmann und Pabel drehen hier den Spieß um, sie instrumentalisieren den öffentlichen Diskurs um Integration, indem sie sich selbst als diejenigen darstellen, denen die Teilhabe verweigert wird. Integration definieren sie in diesem Fall über ein klassisches Angestelltenverhältnis und eine faire Bezahlung. Dass die Forderungen berechtigt sind, soll in diesem Beitrag gar nicht zur Debatte stehen. Es ist die Art und Weise, wie die Initiative ihren Anliegen Gewicht verleiht, die hier bemerkenswert erscheint. Die Schreiber benutzen eine Gegenüberstellung von "dunkelhäutigen Menschen" und "deutschen Kindern", um auf einen Missstand hinzuweisen. Sie beziehen den Ausdruck "struktureller Rassismus" auf ihren eigenen Arbeitskontext, um sich selbst eine vernachlässigte Opferrolle zuzuschreiben. Gerade die, die sich selbst wörtlich auf die Fahne schreiben, "jeden Tag Integration zu betreiben", spielen "Ausländer" und "Deutsche" in ihren Formulierungen gegeneinander aus. Derartige Dualismen ziehen sich durch die gesamte Mail an die Staatsministerin Özoğuz. Dabei fällt auf, dass die Begriffe "Ausländer" und "MigrantInnen" manchmal synonym, manchmal aber auch gezielt für drastische Vorwürfe gegen die Politik verwendet werden, die zuweilen in beißendem Spott münden: "Wir fragen uns, ob die Sprachkurse nicht besser von Polizisten durchgeführt werden können, denn offensichtlich hält man bei der Bundesregierung Ausländer für eine besonders kriminalitätsaffine Gruppe." Spätestens wenn solche Sätze fallen, ist die Erfolgsgeschichte Integrationskurs Lichtjahre entfernt. In den Internet-Foren⁹ der LehrerInnen und den offenen Briefen der Initiative Bildung prekär kanalisiert sich eine Frustration, die zur Resignation neigt. 10 Die Frage ist nun: Wie konnte es so weit kommen?

Prekariat versus Integration – ein konfliktträchtiges Feld

Für die Antwort kommt man um einen Rückblick auf das "Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern", kurz Zuwanderungsgesetz, nicht herum. Seit 2005 sind Integrationsangebote vom Staat gesetzlich geregelt, jede/r Migrant/in hat seither einen offiziellen Anspruch auf einen Integrationskurs. Kritische Stimmen sorgen sich aber vielmehr um die Worte "Steuerung" und "Begrenzung" im Gesetzestext. "Die Verordnungen setzen Integration in eine in Tests messbare Leistung und stellen Instrumente zur Steuerung und Disziplinierung der Migrantinnen und Migranten sowie des daran hängenden pädagogisch-sozialarbeiterischen Apparats bereit"¹¹, schreibt die

_

⁹ http://www.deutsch-als-fremdsprache.de/austausch/forum/list.php?9 (aufgerufen am 30.1.2015)

Ohne Zweifel gibt es weitere Institutionen und Parteien, die die Kontrastgeschichten zur vermeintlichen Erfolgsstory der Integrationskurse fortschreiben. So prangert zum Beispiel die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in einem Schwarzbuch "die skandalöse Diskriminierung" der Lehrkräfte an. (http://www.gew.de/Binaries/Binary91593/Schwarzbuch2.pdf; aufgerufen am 30.1.2015). Auch die Linke thematisiert immer wieder Probleme und fordert Verbesserungen. (z.B. http://www.linksfraktion.de/reden/integrationskurse-verbessern-lehrkraefte-gut-entlohnen/; aufgerufen am 30.1.2015). Dieser Beitrag beschränkt sich auf einige anschauliche Beispiele, um den zugehörigen Analysen mehr Raum geben zu können.

¹¹ zu Nieden, Birgit (2009): ""...und Deutsch ist wichtig für die Sicherheit!" - eine kleine Genealogie des Spracherwerbs Deutsch in der BRD", in: Sabine Hess, Jana Binder, Johannes Moser (Hg.): No Integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa, Bielefeld, S. 127

Kulturwissenschaftlerin Birgit zur Nieden. Sie kritisiert insbesondere, dass die Integrationskurse vom direkt ans Bundesinnenministerium angegliederten BAMF verwaltet werden. Bis zum Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes war das Arbeitsministerium zuständig für die Deutsch-Kurse im Land, die Durchführung organisierte größtenteils der bereits erwähnte Sprachverband für ausländische Arbeitnehmer. Integration sei "mit der Umstellung der Zuständigkeit [...] zu einer Frage der Sicherheit geworden" und habe mit Arbeit und Sozialem nicht mehr viel zu tun¹², befindet zur Nieden. Eines kann man in jedem Fall festhalten: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist keine Bildungsinstitution, sondern ein großes Verwaltungshaus in Nürnberg, das bis 2004 noch "Bundesamt für Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" hieß. Dass TrägervertreterInnen Kommunikationsprobleme mit dem BAMF beklagen, ist kein Zufall. Denn das Bundesamt fungiert lediglich als Kontrollorgan, es hat ganz andere Kompetenzen als ein Kulturministerium oder der "pädagogisch-sozialarbeiterische Apparat" (zu Nieden). Wenn Politiker und staatliche Behörden von gelungenen Integrationskursen reden, müssten sie also eigentlich von einem gelungenen Outsourcing-Prozess sprechen. Landeskunde und Sprachunterricht für MigrantInnen werden zwar vom Staat überwacht, allerdings nicht von einer Bundesinstitution umgesetzt. Staatliche Integrationsangebote werden an externe Dienstleister, die in diesem Fall Träger heißen, ausgelagert. Dieses Outsourcing von Integration hat die Folge, dass nur zwischen dem BAMF und den Integrationskurs-Trägern eine Rechtsbeziehung besteht, nicht aber zwischen BAMF und den Lehrkräften. Integration ist also ein staatlich-gesetzliches System, aus dem zentrale AkteurInnen wie die LehrerInnen rein formell ausgeschlossen sind. Mit welchen fragwürdigen Argumentationen die PädagogInnen für eine faire Bezahlung eintreten, ist deutlich geworden. Ihre Frustrationen und erfahrenen Enttäuschungen offenbaren neue Konfliktfelder im ohnehin sensiblen Themenkomplex Integration. Da passt es gut ins Bild, dass der Bund Ende Februar 2015 die Mittel für Frauenkurse deutlich gekürzt hat. 13 Die Konflikte sind kein Zufall. Sie sind die logische Folge eines staatlichen Outsourcingprozesses im Feld der Integration.

⁻

¹² Ebd., S. 135

http://www.sueddeutsche.de/bildung/integrationskurse-fuer-migranten-lernen-schwer-gemacht-1.2368857 (aufgerufen am 27.02.2015)